

Rezension: Óscar García Agustín & Martin Bak Jørgensen (Hg.): *Solidarity without Borders. Gramscian Perspectives on Migration and Civil Society Alliances*

Kößler, Reinhart

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kößler, R. (2017). Rezension: Óscar García Agustín & Martin Bak Jørgensen (Hg.): *Solidarity without Borders. Gramscian Perspectives on Migration and Civil Society Alliances*. [Rezension des Buches *Solidarity without borders: Gramscian perspectives on migration and civil society alliances*, hrsg. von Ó. García Agustín, & M. B. Jørgensen]. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 37(3), 515-517. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58848-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

zurückgeblieben ist. So kommt er zu dem Schluss, dass die „absurde Fixierung der Zentralbanken auf die Parameter monetärer Stabilität umgekehrt eine großen Schwankungen unterworfenen, insgesamt schwache Wirtschaftsentwicklung zur Folge hat“ (173). Tinel pflichtet bei: „Im Kern muss es aber um eine Geldpolitik gehen, die die Stabilitätsdoktrin nicht absolut setzt, sondern um eine, die den in einem makroökonomischen Kontext insgesamt bestimmten, höheren und grundsätzlicheren Entwicklungszielen untergeordnet wird.“ (122)

Dass eine solche wirtschaftspolitische Kursänderung im Rahmen des F-CFA-Systems kaum möglich sein wird, liegt auf der Hand. Deshalb hat ein Bruch mit der „monetären Knechtschaft“ des F-CFA sicherlich viele Befürworter, aber er hat auch einflussreiche Gegner – nämlich die einheimischen Eliten. Denn diesen ermöglicht das Währungssystem, ihr Geldvermögen jederzeit und ohne Wechselkursrisiko in Euro umzutauschen und außer Landes zu bringen. „Diese postkoloniale Währung trägt also dazu bei, die Kluft des Missbrauchs von Vermögen und Macht durch die Herrschenden gegenüber den Beherrschten aufrechtzuerhalten“, so Tinel (231).

Eine Bilanz der hier vorgebrachten Ansichten und Befunde fällt insgesamt zwiespältig aus: Richtige und gut begründete Forderungen nach mehr Eigenständigkeit und folglich auch Eigenverantwortung in Wirtschaftsfragen, wozu auch die Währungspolitik gehört, gehen einher mit zum Teil fragwürdigen Konzepten, deren Umsetzung das Risiko birgt, dass sich gerade die Lage der großenteils armen Mehrheitsbevölkerung drastisch verschlechtert. Vorsicht ist also geboten und allzu große

Hast unangebracht. Eine Änderung der bisherigen Währungsverflechtungen zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien steht jedoch trotzdem auf der Tagesordnung. Die erstaunliche Aufmerksamkeit, die die hier zur Rede stehende Streitschrift in kurzer Zeit erlangt hat, lässt den Schluss zu, dass wir einer solchen Umwälzung heute möglicherweise näher sind als jemals zuvor.

Arndt Hopfmann

Oscar García Agustín & Martin Bak Jørgensen (Hg.): *Solidarity without Borders. Gramscian Perspectives on Migration and Civil Society Alliances*. London: Pluto Press 2016, 244 Seiten

Die „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015 hat eine Solidarität wieder auf die Tagesordnung gesetzt, die staatliche Grenzen ausdrücklich überschreitet. Damit stellt sich zugleich die Frage, auf welcher Grundlage eine solche Solidarität, die ja ungeachtet der seither zu verzeichnenden Erfolge einer lautstarken reaktionären Propaganda sich vielfältig und sehr handgreiflich manifestiert hat, entstehen und fortgeführt werden kann.

Die Beiträge dieses in der Reihe *Reading Gramsci* erschienenen Bandes eint die Grundannahme, dass eine neuerliche Lektüre Gramscis, zumal seiner letzten vor der Gefangensetzung verfassten Broschüre über *Die süditalienische Frage*, hier wichtige Hinweise geben kann. Gewiss gilt dabei die Bemerkung Niklas Luhmanns, dass Klassiker weniger durch die Antworten zu uns sprechen, die sie vor vielen Jahren gegeben haben, sondern durch ihre noch immer gültigen Fragen. Gramsci stand Mitte der 1920er Jahre vor dem Problem, wie

die offenkundige und viel diskutierte Spaltung Italiens in einen industriell entwickelten Norden und einen nach dessen Maßstäben rückständigen, als ländlich interpretierten Süden nicht zuletzt im Rahmen einer revolutionären Strategie überwunden werden könne, also durch Bündnisse, die die Kluft zwischen den beiden Regionen überwinden könnten, welche sich zugleich als unterschiedliche gesellschaftliche Sphären darstellten.

An dieser Fragestellung setzen die Beiträge des vorliegenden Bandes an, freilich diesmal bezogen auf die Situation eines Europa, das Ziel massiver Migrationsströme ist und dessen Regierungen darauf vor allem mit Abschottung reagieren. Thematisch handelt es sich demnach sowohl um eine theoretische Herausforderung als auch um eine praktische Politik und Mobilisierung. Neben Einleitung und Schluss sind die elf Beiträge in vier Teile gegliedert. Der erste ist eher theoretisch orientiert und untersucht die „Heterogenität politischer Akteur*innen“; die beiden folgenden betrachten Bündnisse unter den Aspekten der Solidarität sowie höchst aktuell fehlgeleiteter Allianzen; der vierte fragt nach „Räumen des Widerstands“.

Gramscis Überlegungen, großenteils auch in der Form, wie sie später von Stuart Hall aufgenommen wurden, erweisen sich als äußerst fruchtbar, um die aktuellen Probleme besser zu verstehen, in denen im Kontext der Einwanderung demagogisch „Einheimische“ gegen „Fremde“ ausgespielt werden. Dabei geht es um sehr handfeste strukturelle Probleme wie etwa die Organisationsfähigkeit der Lohnabhängigen, die jedoch in sehr unterschiedlicher

Form artikuliert werden können, nicht in solchen der „Solidarität“ oder aber der „verfehlten Bündnisse“.

Wie *Ursula Apitzsch* in dem einzigen Beitrag, der genauer auf Gramscis Texte eingeht, klar herausarbeitet, ging es diesem in der *Südtalienenischen Frage* ganz entscheidend um Migration, freilich um einen Migrationsprozess, der sich innerhalb der staatlichen Grenzen Italiens abspielte, auch wenn der Norden und der *Mezzogiorno* sich strukturell unterschieden und im herrschenden Diskurs als zwei Welten dargestellt wurden. Die Suche nach Brücken, die die Unterdrückten auf beiden Seiten nach dem Scheitern des für Gramsci formativen „*Bienno Rosso*“ in Turin wieder zusammenbringen und Voraussetzungen für eine revolutionäre Perspektive schaffen könnten, schloss gerade auch die Auseinandersetzung mit den Diskursen ein, die die Migranten ebenso diskriminierten wie die in klassisch kolonialen Klischees als primitiv imaginierte bäuerliche Welt, aus der sie stammten. Gramsci unterschied nachdrücklich zwischen dem Alltagsverstand (*senso comune*) einerseits, der hegemonialen ideologischen Vorgaben aufsitzt, sowie andererseits dem gesunden Menschenverstand (*buon senso*), der aus der realistischen Einsicht in die Verhältnisse gewonnen wird und daher auch Grundlage des Handelns sein kann.

Die in den empirischen Beiträgen des Bandes behandelten Fallbeispiele sehr unterschiedlicher Bündnis-konstellationen beziehen sich auf mehr oder wenige gelungene Formen, mit den durch das neuere Migrationsgeschehen in Europa sich stellenden Herausforderungen umzugehen. Dabei stehen, neben der Reflektion auf die koloniale

Vergangenheit Irlands und die sich daraus ergebenden soziopolitischen Verwerfungen und Konstellationen, arbeitsmarktpolitische und gewerkschaftliche Fragen im Vordergrund. Allerdings hat wohl die Orientierung am Leitfaden Gramscis, der ja nicht nur Theoretiker, sondern auch kommunistischer Politiker in der spezifischen Atmosphäre der 1920er und 1930er Jahre war, dazu geführt, dass Strukturzusammenhänge vor allem unter dem Aspekt der Lohnabhängigkeit untersucht werden. Andere Lebensverhältnisse oder soziale Beziehungen wie Gender kommen zwar in den Blick, erscheinen aber als nachgeordnet und werden kaum in die theoretische Diskussion einbezogen. Dies ist eine deutliche Begrenzung der hier geführten Debatte, entwertet sie aber keineswegs.

Man mag fast bedauern, dass die Zuspitzung, die gerade im Sinne „verfehlter Bündnisse“ durch den Erfolg nativistischer Demagogie nach der „Flüchtlingskrise“ 2015 eingetreten ist, nicht mehr in diesem Band berücksichtigt wurde. Wichtige analytische Anregungen und die Vorstellung eines begrifflichen Instrumentariums zum besseren Verständnis dieser drängenden Probleme enthält die Sammlung allemal.

Reinhard Kößler

Elke Grawert & Zeinab Abul-Magd (Hg.): *Businessmen in Arms. How the Military and other Armed Groups Profit in the MENA Region*. Lanham, US-MD: Rowman & Littlefield 2016, 315 Seiten

Dieser Sammelband unternimmt den Versuch, die wirtschaftliche Rolle des Militärs in Nahost und Nordafrika zu untersuchen. Er stellt Fallstudien zu

Ägypten, Pakistan, Türkei, Iran, Jordanien und Sudan vor. Verdienstvoll ist, dass er nicht nur staatliche, sondern auch nichtstaatliche Gewaltakteure (*Nonstate Armed Groups*, NSAG) in drei weiteren, durch Staatszerfall gekennzeichneten Ländern in den Blick nimmt: Jemen, Libyen und Syrien. Jenseits der historisch bedingten, teilweise aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Strukturen der untersuchten bewaffneten Kräfte bleibt die zentrale Fragestellung, wie es diesen Akteuren gelungen ist bzw. aktuell nach dem „Arabischen Frühling“ gelingt, ökonomische Ressourcen unter ihre Kontrolle zu bringen und ein eigenständiges militärisches Unternehmertum aufzubauen, das sich (zentralstaatlicher) Kontrolle entzieht, ja geradezu zu einem bestimmenden Faktor der Ökonomien, auch als „Frankenstein-Militärökonomie(n)“ (xii) bezeichnet, und der Politik dieser Länder wird.

Jenseits der profunden Analysen und weitreichenden Erkenntnisse, die die Fallstudien liefern, zeigt der von den Autorinnen und Autoren gewählte politökonomische Ansatz seine Fruchtbarkeit: Deutlich wird in sämtlichen Fällen, wie wirtschaftliches Wachstum und die Jagd nach Profiten längst zur zentralen Tätigkeit des Militärs geworden ist, die dessen eigentlich Bestimmung, die Wahrung der nationalen Sicherheit überlagert hat. Als eine Art neue Klasse, die zu Recht *Bourgeoisie* genannt wird, ist das Militär nicht nur als Gewaltakteur, sondern vor allem als oft hoch modernes Unternehmertum die zentrale Kraft im Staate. In seinen Aktionen unterscheidet es sich im Kern nicht von den nichtstaatlichen Gewaltakteuren, die in zerfallenen oder zerfallenden – man könnte auch sagen: von außen zerstörten – Staaten